

Dr. Carlo Mötteli, geboren 1906 in Teufen (Appenzell), gehört zu den führenden Wirtschaftsjournalisten des deutschen Sprachraums. 1938 trat er in die Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ ein, deren Wirtschaftsredaktion er von 1968 bis 1971 leitete. Nach dem Urteil des jetzigen Chefredakteurs dieser Zeitung, Dr. Fred Luchsinger, gehörte er „alsbald zu jener Equipe, die in vorderster Linie den publizistischen *Abwehrkampf* gegen die Kräfte führte, die auf die Zerstörung des alten Europa mitsamt seiner ‚liberalistischen‘ Ordnung und auf ‚Erneuerung‘ durch ein gewalttätiges Herrschaftssystem zielten. Die ‚NZZ‘ hatte in ihm einen Streiter und Mahner und zugleich einen Deuter und Analytiker mit dem Blick für geistige Zusammenhänge gewonnen, dem es tief ernst war und blieb mit dem Erbe und der Zukunft des Liberalismus, das heißt des freiheitlichen Prinzips in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung . . . Er hat nicht aufgehört, mit Überzeugung zu vertreten, was dieser *regenerierte europäische Liberalismus* an Ordnungsvorstellungen erarbeitet hat. Aber daraus sind nicht jene freundlich-optimistischen Prognosen einer etwas naiven, rein ökonomischen Beobachtungsweise geworden, nach der alle gesellschaftlichen Probleme sich durch wachsenden Individualwohlstand von selber lösen würden. In den Artikeln der letzten Jahre sind im Gegenteil immer dunkler die Schatten aufgezogen, die sich von den gesellschaftlich-politischen Bedingungen her, aber auch aus der Wirtschaft selber heraus auf die Zukunft einer an sich vernünftigen, menschlich konzipierten Ordnung legen: Überlagerung des *Freiheitsethos* durch uferlose Sozialpolitik, Aushöhlung der individuellen *Selbstverantwortung*, staatlich geförderte Nivellierung und ‚Egalität‘ einerseits, ziel- und richtungsloser Interessenausgleich durch den Staat und seine Unfähigkeit andererseits, mit entsprechenden Rahmenbedingungen der *Inflation* mit all ihren Zerfallsfolgen oder der *Zerstörung von Lebensgrundlagen* zu steuern, *Zuwachs-, Konzentrations- und Beschleunigungsmythos* schließlich, Verletzung der Spielregeln in der Wirtschaft selber.“

C. Mötteli ist ein brillanter Kenner der deutschen Wirtschaftspolitik. 1960 veröffentlichte er ein vielbeachtetes Buch „Licht und Schatten der sozialen Marktwirtschaft“.

Walberberger Gespräche

Tagungsprotokolle
des Instituts für Gesellschaftswissenschaften
Walberberg e. V.

herausgegeben

von Prof. Dr. A. F. Utz und Dr. H. B. Streithofen

CARLO MÖTTELI

Schatten
auf der sozialen Marktwirtschaft

Seewald Verlag Stuttgart

2. Auflage

Alle Rechte vorbehalten — Printed in Germany

© Seewald Verlag Dr. Heinrich Seewald, Stuttgart-Degerloch 1971

Rechte der Übersetzung beim Institut für Gesellschaftswissenschaften

Walberberg e. V.

Druck: Franz Schmitt oHG, Siegburg

INHALT

<i>Vorwort</i>	7
<i>1. Referat von Dr. Carlo Mötteli</i>	9
Die geistigen Grundlagen	11
Die Erhard'sche Phase	15
Die „Neue Wirtschaftspolitik“	21
Das Fazit	26
<i>2. Bericht über die Diskussion von Dr. H. B. Streithofen</i>	29
Das Ordnungsbild der Marktwirtschaft	
Das Leistungsprinzip als Wesensmerkmal der durch Wettbewerb geordneten Wirtschaft	29
Sozialpolitische Zielsetzungen und ihre Abstimmung mit dem Wettbewerbsprinzip	32
Sozialpolitik und Leistungsprinzip	
Eigenvorsorge, Solidarität, Kollektivismus	34
Vermögensbildung	39
Moral und Marktwirtschaft	48
Zerstörung der Marktwirtschaft	53
Politik und Marktwirtschaft	57
<i>3. Resümee des Buß- und Betttagsgespräches von Dr. H. B. Steithofen</i>	61



VORWORT

Die soziale Marktwirtschaft wird mehr und mehr kritisiert. Vor allem von der kritischen Jugend. Ihr fehlen die leidvollen Erfahrungen der älteren Generation mit anderen Wirtschaftssystemen. Fehlentwicklungen, die auf falschen politischen Entscheidungen beruhen, werden der Marktwirtschaft angelastet. Das Immer-Mehr-Haben-Wollen einer Anspruchsgesellschaft und unrealistische, politische Reformprogramme überfordern die Wirtschaft. Der persönliche Elan, das Gefühl für Eigenvorsorge und Verantwortung ermatten. Schwärmerische Christen, marxistische Sektierer verschiedenster Schattierungen und Weltverbesserer unterschiedlichster Herkunft fordern eine Änderung des Wirtschaftssystems. Der Ruf nach kollektiven Lösungen sozial- und wirtschaftspolitischer Probleme wird lauter. Die Kritiker bestreiten die Reformfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung. Nicht zu bestreitende Mängel lasten sie als nicht zu beseitigende Wirkungen dieser Ordnung an.

Wohin entwickelt sich die soziale Marktwirtschaft?
Carlo Mötteli untersuchte auf dem *Buß- und Betttagsgespräch 1971* des *Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V.* die Entwicklungstendenzen. Sein Vortrag *Schatten auf der sozialen Marktwirtschaft* wurde in der folgenden Aussprache diskutiert. Der hier vorgelegte Bericht bringt die wesentlichen Gedanken der von den Diskussionsteilnehmern geleisteten Beiträge.

Um den freimütigen Meinungs­austausch und den Aus­sprache­charakter des Buß- und Bettags­gespräches nicht zu gefährden, versprochen wir unseren Gästen, ihre Namen nicht zu veröffentlichen. Diese Methode hat Vor- und Nachteile. Die Vorteile: eine freie und offene Diskussion. Die Nachteile: der Leser erfährt nicht, wer welchen Beitrag leistete. Dies möchte er natürlich gern wissen. Aus unserer Sicht überwiegen die Vorteile. Der Gedanken­austausch wird systematisch, nicht chronologisch dargestellt, d. h. die wichtigsten Gedanken werden jeweils in einem Abschnitt zusammengefaßt. Für den Leser ist dies nützlicher. Er kann sich schneller über die Punkte orientieren, die ihn interessieren.

A. F. Utz

H. B. Streithofen

Walberberg im Dezember 1971

Referat

Die Ehre, die mir zuteil geworden ist, in Ihrem Kreise zu sprechen, weiß ich hoch zu schätzen. Ob ich ihr mit meinem Vortrag gerecht zu werden vermag, wage ich zu bezweifeln. Ich glaubte mich aber der Einladung nicht entziehen zu dürfen, weil mich die Frage brennend interessiert, die Sie zu diskutieren gedenken. Und insofern habe ich mich denn auch höchst eigennützig verhalten: ich befürchte nämlich, daß ich aus meiner Begegnung mit Ihnen größeren Gewinn ziehen werde als Sie aus derjenigen mit mir. Aber vielleicht ist für Sie die Ansicht eines Ausländers von Wert, der aus einer gewissen Distanz die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Genesis verfolgt hat – und Fehltritte, die sich aus dem Standort des Vortragenden ergeben sollten, könnten Anlaß zu einer fruchtbaren Diskussion geben, zu der ja mein Referat als Grundlage gedacht ist.

Noch eine Vorbemerkung sei mir an dieser Stelle gestattet: Es könnte als eine Überheblichkeit betrachtet werden, daß ein Schweizer die ordnungspolitische Lage der Bundesrepublik unter die Lupe nimmt; denn es könnte ihm erwidert werden, er solle erst vor seiner eigenen Türe wischen. Zu meiner Rechtfertigung darf ich Sie aber vielleicht daran erinnern, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft einem gnädigen Schicksal die Tatsache verdankt, daß sie mehr oder weniger den Spuren ihrer Tradition folgen konnte, daß demgegenüber das Deutsche Reich nach dessen Zusammenbruch in seinem westlichen Teil ein *Experiment* in Angriff genommen

hat, das nun in der Tat Aufschluß über die Möglichkeiten und Grenzen einer Wirtschaftsordnung zu geben vermag, die als etwas ganz Neues etikettiert wurde und ihr geistiges Fundament einer Lehre verdankt, die als die *Neo-* besser gesagt *Ordoliberalen* bezeichnet wird. Insofern erklärt es sich von selbst, weshalb die Bundesrepublik das Interesse all jener auf sich zieht, die sich darüber im klaren sind, daß eine freiheitliche Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft im Zeichen der Interdependenz nach neuen Horizonten ruft. Im übrigen möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Schatten, von denen in diesem Referat die Rede sein wird, vielfach nicht nur auf der Bundesrepublik Deutschland liegen, und meine Kritik sich demzufolge selbstverständlich auch auf die andern Staaten der freien Welt bezieht.

Wenn heute das Bedürfnis besteht, Bilanz über ein Vierteljahrhundert sozialer Marktwirtschaft zu ziehen, so gibt es dafür verschiedene Gründe: einmal breitet sich in der Bundesrepublik eine Unruhe aus, die in stärkstem Gegensatz zu den äußeren Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft steht, alsdann scheint eine Reformbewegung an Boden zu gewinnen, die die soziale Marktwirtschaft der sogenannten Gesellschaftspolitik zu opfern bereit ist, und schließlich zeichnet heute für die Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Persönlichkeit verantwortlich, welche die soziale Marktwirtschaft nicht aus der Taufe gehoben hat. Von *Ludwig Erhard* zu *Karl Schiller* sind, mit andern Worten, neue Akzente gesetzt worden, die einer näheren Prüfung bedürfen. Es ist in diesem Zusammenhang aber auch noch zu berücksichtigen, daß sich die politische, soziale und wirtschaftliche Bedingungskonstellation seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in mancher

Hinsicht grundlegend verändert hat, und die Frage gewiß nicht abwegig ist, ob sich in das neue Bild noch eine Wirtschaftsordnung organisch einfügt, die den Weg aus der Armut und dem Elend in eine Gesellschaft des vermeintlichen Überflusses gebahnt hat.

Meinem Vortrag liegt folgende Disposition zugrunde: An erster Stelle soll das geistige Rüstzeug der sozialen Marktwirtschaft dargelegt werden, alsdann fasse ich die Erhard'sche Phase ins Auge, worauf die Wende dargestellt werden soll, die mit der Ablösung durch Karl Schiller eingetreten ist, und schließlich wird auch noch ein Wort zu den Perspektiven zu sagen sein, die sich heute abzeichnen. Hinzuzufügen wäre nur noch, daß ich mir die Freiheit nehmen werde, die soziale Marktwirtschaft nicht bloß unter ökonomischen Gesichtspunkten zu würdigen, sondern sie vielmehr in den Rahmen der Interdependenz von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu stellen gedenke – ein Vorhaben, das im Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg auf der Hand liegt.

Die geistigen Grundlagen

Die *Freiburger Schule der Nationalökonomie*, die das geistige Fundament für das Experiment erarbeitet hat, das *Ludwig Erhard* gewagt hat, geht davon aus, daß in Berücksichtigung des liberalen Grundsatzes des Privateigentums an den Produktionsmitteln eine marktwirtschaftliche Ordnung des Wettbewerbs geschaffen werden soll, die einen gegen das Allgemeininteresse gerichteten Gebrauch des Privateigentums durch Entmachtung monopolistischer Marktstellung ver-

hindert. Die Marktform der vollständigen Konkurrenz stellt den „ordre naturel“, das heißt Ordo, dar, in dem das Leitbild des wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmens einer auf dem freien Leistungswettbewerb beruhenden Wirtschaft zu erblicken ist. Die in sich verflochtenen Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft sind gleichartig nach dem Subsidiaritätsprinzip zu ordnen. „Oberster sittlicher Grundsatz ist – wie *Wolfram Dürr* festgestellt hat – das auf der ausgleichenden Gerechtigkeit beruhende reine Leistungsprinzip. In diesem Sinn wird die Sozialpolitik mit der Politik der Ordnung der Wirtschaft für identisch erachtet. Die konsequente ‚Veranstaltung‘ des Leistungswettbewerbs obliegt einem von Interessengruppen unabhängigen Rechtsstaat.“

Konkreter formuliert ist die soziale Marktwirtschaft – die Bezeichnung geht bekanntlich auf Alfred Müller-Armack zurück – in den *Düsseldorfer Leitsätzen*, die *Franz Etzel*, *Franz Böhm*, *Bernhard Pfister* und *Hugo Scharnberg* seinerzeit verfaßt haben. Darnach ist unter sozialer Marktwirtschaft folgendes zu verstehen: „Die sozialgebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der sozialen Marktwirtschaft durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommt.“ Vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU im Sommer 1969 hat Prof. *Kurt Biedenkopf* mit Recht darauf hingewiesen, daß für die Verfasser der Leitsätze das Verhältnis von Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung eindeutig beantwortet war: Die Wirt-

schaft stand im Dienste der rechtlichen und sozialen Ordnung. Für die Verfasser der Düsseldorfer Leitsätze gab es in der Tat keinen Konflikt zwischen Freiheit und ökonomischer Rationalität. Der Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik war durch die „sozialgebundene Verfassung“ des Marktes vorgezeichnet und begrenzt. Staatliche Einwirkungen wurden keineswegs abgelehnt.

Aber die Düsseldorfer Leitsätze haben, wie Prof. *Biedenkopf* hervorhebt, mit den Worten „Ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle“ den Konflikt bereits vorgezeichnet, der die Verbindlichkeit der ordnungspolitischen Aussagen später gefährden sollte. Am Anfang dieser Entwicklung steht die gesetzliche Konkretisierung der Leitsätze durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Und je länger je mehr verlagerte sich die Diskussion um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung aus dem rechtlichen in den ökonomischen Bereich. „Der Forderung nach rechtlicher Bindung wirtschaftlicher Macht tritt der Anspruch ökonomischer Vernunft entgegen: ein System, das in erster Linie der optimalen Wiederversorgung des Verbrauchers, das heißt ökonomisch definierten Zwecken, dienen soll, muß ökonomischen Gesichtspunkten auch dann entsprechen, wenn, zur Erzielung dieser Zwecke, Beschränkungen der Freiheit in Kauf genommen werden müssen.“

Der *ökonomische Positivismus*, der sich immer stärker durchzusetzen vermochte, je besser es dem deutschen Volk wirtschaftlich ging, ist der erste Schatten, der auf der sozialen Marktwirtschaft liegt. Er hat sich ebenso sehr im strukturellen wie im konjunkturellen Bereich durchzusetzen vermocht, worauf noch zurückzukommen sein wird, und er liegt der

Entwicklung zugrunde, die von der sozialen Marktwirtschaft weg und wieder zu einem punktuellen Staatsinterventionismus führt. Es findet darin die theoretisch und empirisch erhärtete Schwierigkeit ihren Ausdruck, in einer parlamentarischen Demokratie, in der sich die pluralistische Gesellschaft spiegelt, ein Leitbild verwirklichen zu wollen, das die *Wirtschaftsordnung als Rechtsordnung* auffaßt und somit die Freiheit des Individuums über die ökonomische Effizienz und Zweckmäßigkeit stellt.

Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht noch daran zu erinnern – und das bezieht sich nun nicht auf die Bundesrepublik allein, sondern auf alle westlichen Industriestaaten –, daß die *offene Gesellschaft*, in der es keine Klassenschranken mehr gibt, wo der Aufstieg auf der Sozialleiter nach dem Leistungsprinzip jedermann offensteht und die ihrem Wesen nach von höchster Dynamik ist, gleichzeitig ein starkes Bedürfnis nach Statik entwickelt. Die „corps intermédiaires“, deren Bedeutung Montesquieu schon im 18. Jahrhundert für den modernen „konstitutionellen“ Staat erkannte, beherrschen mehr und mehr die Gesellschaft, und sie versuchen durchaus folgerichtig, Staat und Wirtschaft in ihren Bann zu ziehen, wobei sie zugleich die politischen Weltanschauungen im Zeichen der fortschreitenden Säkularisierung in Frage stellen.

Es besteht im Grunde genommen heute allgemeine Übereinstimmung darüber, daß nur ein „*starker Staat*“ das wahre Gemeinwohl in einer im höchsten Maße differenzierten Gesellschaft zu wahren vermöchte – im besonderen die geistigen Väter der Wettbewerbsordnung waren sich darüber im klaren. Demgegenüber steht die Macht des Staates im

besonderen in einer parlamentarischen Demokratie, ganz zu schweigen von einer direkten, auf schwachen Füßen. Inwieweit es gelingen wird, die Demokratie weiterzuentwickeln, ohne deren rechtsstaatliche Substanz preiszugeben, und sie in die Lage zu versetzen, die echten Gemeinschaftsaufgaben der Zukunft, die in der Tat von grundlegender Bedeutung sind, zu lösen, darf füglich als die Schicksalsfrage einer Gesellschaft freier Menschen bezeichnet werden.

Ich glaube, mit dem Hinweis auf die Überlagerung und Verdrängung des Leitbildes durch den ökonomischen Positivismus, der im Gewand des *Pragmatismus* auftritt, die eigentliche Triebkraft aufgezeigt zu haben, die der ordnungspolitischen Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu Gevatter steht, der wir uns nunmehr zuwenden wollen. Hinzuzufügen wäre an dieser Stelle nur noch, daß sich der ökonomische Positivismus politisch nicht ohne weiteres lokalisieren läßt, wenn er auch, wie wir noch sehen werden, in der sozialliberalen Koalition tiefere Wurzeln hat als in der CDU/CSU.

Die Erhard'sche Phase

Es wird heute von den Kritikern der *Erhard'schen Phase* der sozialen Marktwirtschaft erklärt, die Bundesrepublik habe sich im Zeichen der CDU/CSU-Regierungen mit Haut und Haar *Frédéric Bastiat* verschrieben und ausschließlich dem Grundsatz des „*Enrichissez-vous*“ gehuldigt. Damit seien zwar beispiellose Erfolge im privatwirtschaftlichen Bereich erzielt worden, die öffentlichen Verpflichtungen, die sogenannte Gesellschaftspolitik, seien demgegenüber sträflich

vernachlässigt worden. Diese völlige Verzerrung der Wirklichkeit ist nicht zuletzt deshalb verhängnisvoll, weil sie Vorstellungen und Erwartungen weckt, die der sozialen Marktwirtschaft zum Verhängnis werden könnten.

Es ist für diese Darstellung der Dinge bezeichnend, daß Leo Brawand in seinem Buch, betitelt „Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?“, zwar hervorhebt, daß das Brutto-sozialprodukt der Bundesrepublik seit der Währungs- und Wirtschaftsreform am 20. Juni 1948 von 98 auf 679 Mia. DM, die Stromerzeugung von 32 Mia. auf 243 Mia. Kilowattstunden, die Rohstahlerzeugung von 5,6 auf 44,4 Mio. Tonnen, die Zahl der Arbeitsplätze von 13,9 auf 22,6 Mio., die Anzahl der Wohnungen von 10 auf 21 Mio. und die Spareinlagen von 0,313 auf 210 Mia. DM gestiegen sind, demgegenüber aber stillschweigend darüber hinweggeht, daß der Bundeshaushalt im Jahre 1971 die 100 Mia.-Grenze überschreiten und damit ungefähr ein Siebentel des zu erwartenden Brutto-sozialproduktes, das Fünffache des Bundeshaushaltes von 1951 und ungefähr das Zweieinhalbfache des Bundeshaushaltes von 1962 erreicht haben wird. Beim Sozialhaushalt ist man schon weiter. Die öffentlichen Sozialleistungen lagen schon 1969 über der 100 Mia.-Grenze und machen trotz den damals viel ungünstigeren sozialen Verhältnissen ungefähr das Zehnfache von 1949 aus.

Zu den vorerwähnten Zahlen sind nun aber noch zwei grundsätzliche Bemerkungen am Platze: einmal wäre darauf hinzuweisen, daß die Explosion der Produktivkräfte, gestützt auf den Wettbewerb, erst einen öffentlichen Haushalt dieser Größenordnung ermöglicht hat, alsdann hat die desolote soziale Ausgangslage einer sozialpolitischen Entwicklung

zweifellos Vorschub geleistet, die mit der sozialen Vorstellung der Marktwirtschaft, die dem Eigentum in Arbeitnehmerhand verpflichtet ist, keineswegs in Einklang steht. Es erweist sich hier einmal mehr, daß mit der *Sozialversicherung* gewissermaßen ein irreversibler Prozeß ausgelöst wird. Es hieße sozialblind sein, wenn man die Vorzüge der Sozialversicherung leugnen würde; denn sie hat Wesentliches zur Überwindung der Klassegegensätze und zur Linderung tatsächlicher Not beigetragen. Aber nicht das Versicherungsprinzip als solches steht aus der ordnungspolitischen Sicht zur Diskussion, sondern seine Denaturierung und sein Mißbrauch als Mittel der Umverteilung des Sozialproduktes mit dem unausgesprochenen Hintergedanken, auf diesem Umweg für den Egalitarismus eine Lanze zu brechen. Durch die Maschen schlüpft diesen Sozialpolitikern alter Schule in der Regel der selbständig Erwerbende, im besondern der Unternehmer, und ihr ganzes Sinnen und Trachten ist denn auch darauf gerichtet, ihn, den selbständig Erwerbenden, endlich „klein zu kriegen“ durch ein ausgeklügeltes Steuersystem, das bei den Kleineren und Schwächeren unter ihnen auch seine Erfolge zeitigt. Und zum Schluß dieses Trauerspiels beklagt man sich gar über die Konzentration und ruft nach einer neuen Umverteilung, diesmal aber des Vermögens, nachdem mit dem Einkommen bereits so erfolgreich „exerziert“ worden ist.

Es ist in der Tat paradox: mit der Erhöhung des Wohlstandes des einzelnen wachsen die Möglichkeiten der Selbstvorsorge. Nichtsdestoweniger hat die öffentliche Vorsorge ständig zugenommen. Die dafür notwendigen Beträge können nicht mehr den Reichen entzogen werden. Immer

mehr zahlen vielmehr die Empfänger der Sozialleistungen diese selbst und überdies noch die erheblichen damit verbundenen Verwaltungskosten. Hätte es eine konsequente marktwirtschaftliche Sozialpolitik seit 1948 gegeben, so würde sich heute das *Problem der Vermögenssteuerung* nicht in der Schärfe stellen, wie es sich tatsächlich stellt. Und es ist nicht zuletzt deshalb beinahe unlösbar geworden, weil sich auf das heutige Sozialsystem nicht noch Vermögen in Arbeitnehmerhand aufpfropfen läßt in einem Ausmaß, das die Eigentumsstruktur von Grund auf verändern würde.

Dieser Schatten auf der sozialen Marktwirtschaft ist nicht der einzige, der die Erhard'sche Phase begleitet. Ganz abgesehen von der *Agrarpolitik* einerseits, der *Verkehrspolitik* andererseits, die sich beide einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu entziehen vermochten, und der *Währungs-, Finanz- und Steuerpolitik*, ist im besonderen hervorzuheben, daß das *Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen* zu einem Torso geworden ist, der ganz offensichtlich dem ökonomischen Positivismus seinen Tribut gezollt hat. Hier wurde jedenfalls die Gelegenheit verpaßt, mit aller Klarheit zu dokumentieren, daß die Wirtschaftsordnung ein Instrument der Rechtsordnung ist, in der sich die Konzeption spiegelt, die dem Pragmatismus seine naturgegebenen Grenzen setzt.

Was die Wirtschaftspolitik seit der Währungs- und Wirtschaftsreform betrifft, so glaube ich demjenigen das Wort geben zu müssen, der für sie verantwortlich zeichnete. *Ludwig Erhard* schrieb in der von der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft im Jahre 1960 herausgegebenen Geburtstagsgabe für *Alexander Rüstow*:

„Fragen wir uns also, ob wir in der Wirtschaftspolitik wirklich Neues geformt oder gestaltet haben. Ohne Zweifel intervenieren wir auch heute. Die Menschen und die Gruppen in der Gesellschaft wollen eben einmal nicht darauf verzichten, in den ökonomischen Prozeß einzugreifen. Die These, daß jede freiheitliche Wirtschaftspolitik marktkonform sein muß, wird zwar allenthalben verkündet, aber beileibe nicht immer befolgt.

So ist es nicht einmal immer gelungen, die Ziele (im Sinne einer ‚Wirtschaftspolitik aus einem Guß‘) mehr als notdürftig zu koordinieren. Aber trotz all dieser Unzulänglichkeiten ist das Positivum zu verzeichnen, daß in der Abweichung von der Generallinie das zuträgliche Maß nie überschritten wurde oder – was vielleicht noch schwerer wiegt – das Bewußtsein der Sünde lebendig war.“

Es ist in der Tat der unveräußerliche Vorzug eines Leitbildes, ja einer Sozialphilosophie, daß sich Licht und Schatten einer Wirtschafts- und Sozialordnung klar abzeichnen, daß das Richtige und das Falsche überhaupt ins Bewußtsein dringen, daß das Gute und das Böse, die Tugend und die Sünde, nicht einfach ein Bündnis eingehen, das als der Weisheit letzter Schluß gepriesen werden kann. Aber der Optimismus Ludwig Erhards, mit dem er die deutsche Wirtschaft durch alle Fährnisse der Nachkriegszeit mit einem beispiellosen Erfolg gesteuert hatte, erwies sich schließlich auf den lichten Höhen der Hochkonjunktur als ein Trugschluß. Früher oder später mußte sich eben die wachsende Abtrift vom Leitbild rächen, die vorzüglich darin zu erblicken ist, daß es vorerst aus exogenen und endogenen Gründen nicht gelang, eine mit der sozialen Marktwirtschaft konforme Währungsordnung zu schaffen, das heißt den Primat der Geldwertstabilität

zu gewährleisten, und daß sich alsdann ein unaufhaltsamer *Sozialtrend* einstellte, der sich einerseits in den höchsten Löhnen und der niedrigsten Arbeitszeit, andererseits aber auch in den höchsten Sozialleistungen der Bundesrepublik Deutschland, gemessen an den Sechs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, spiegelte.

Ich habe in meinem im Jahre 1961 erschienenen Buch, betitelt „Licht und Schatten der sozialen Marktwirtschaft“, bereits darauf hingewiesen, daß es keineswegs sicher sei, daß ihr der Sprung aus den Jugendjahren in das Mannesalter gelingen werde. Dieser Zweifel hat sich als berechtigt erwiesen. Was sich nämlich in der Folge abgespielt hat, kommt einer immer ausgeprägteren Abkehr vom ursprünglichen Leitbild gleich und gipfelt schließlich in einer Überlagerung der sozialen Marktwirtschaft durch eine Wirtschaftspolitik, die den ökonomischen Positivismus zur Richtschnur erhebt. Weshalb dem so ist, wird noch näher darzulegen sein. In diesem Zusammenhang aber von einer *aufgeklärten Marktwirtschaft* zu reden, wie das Karl Schiller getan hat, ist völlig abwegig; denn es handelt sich um eine *Abkehr*, die durch die Große Koalition eingeleitet wurde und durch die sozial-liberale Koalition systematisch fortgeführt wird. Es ist in der Tat der Abtausch der Ordoliberalen durch die „*new economics*“, der nur insofern folgerichtig ist, als die Hinterlassenschaft der einen den andern ein Sprungbrett bereitgestellt hat, das diese zu nutzen verstehen. Die Schatten, die sich nunmehr auf die soziale Marktwirtschaft legen, mehren sich demzufolge, so sehr man sich auch darüber im klaren sein muß, daß schon die Erhard'sche Phase ordnungspolitisch einer fortschreitenden Verwässerung unterlag.

Die „Neue Wirtschaftspolitik“

Mit der „Neuen Wirtschaftspolitik“, die seit dem Jahre 1967 die Szene beherrscht, ist an die Stelle der „Seelenmassage“ Ludwig Erhards die „Planung der leichten Hand“ Karl Schillers getreten. Ich wähle diese schlagwortartige Konfrontation bewußt, weil der eine noch auf die Vernunft des einzelnen Wirtschaftssubjektes und auf die Wirtschaftsordnung vertraute, der andere dagegen auf die Wirtschaftsplanung im Sinne des „magischen Vierecks“ (Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wachstum bei ausgeglichener Zahlungsbilanz) setzt. Im Grunde genommen verbirgt sich hinter dieser Gegenüberstellung aber viel mehr: nämlich das *geistige Fundament* der „Neuen Wirtschaftspolitik“. Es ist der Glaube und das Vertrauen in die „Machbarkeit“ des Wirtschaftsablaufs – und das in einer parlamentarischen Demokratie und inmitten einer Umwelt, die sich in ihrer Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne des Wortes nach wie vor von nationalen Gesichtspunkten leiten läßt. Instrumental führt das zu Konsequenzen, die mit den ursprünglichen Vorstellungen der Marktwirtschaft nicht mehr vereinbar sind. Bevor ich mich jedoch diesem Aspekt der „Neuen Wirtschaftspolitik“ zuwende, lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu diesem Glauben und Vertrauen vorausschicken. Wenn ich nämlich dem Volk ein „Wachstum nach Maß“ in Aussicht stelle, so bin ich versucht, mich über alle ordnungspolitischen Schranken hinwegzusetzen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wird es trotzdem nicht erreicht, so bleibt auch bei jenen, die sich um die Ordnung wenig kümmern und dem Grundsatz huldigen, daß der Zweck die Mittel heiligt, ein bitterer Nachgeschmack

zurück. Jedenfalls wird damit die Wirtschaftsordnung nicht gestärkt, sondern verunsichert – und das scheint mir denn auch ein hervorstechendes Merkmal der heutigen Lage zu sein.

Was nun die *Instrumente* der „Neuen Wirtschaftspolitik“ betrifft, so wäre an erster Stelle die Frage nach der *Funktion* des *Wettbewerbs* zu klären. Diesem wird nur noch eine mikroökonomische Aufgabe anvertraut: er soll die einzelwirtschaftlichen Beziehungen so regeln, daß die Produktion den Konsumentenwünschen entspricht und möglichst rational ist. Demgegenüber sollen die makroökonomischen Kreislaufgrößen mit Hilfe der Rahmenplanung zielbewußt beeinflußt werden. In der Marktwirtschaft ergeben sich aber die Makrogrößen grundsätzlich aus den Mikroentscheidungen, mit andern Worten, nicht zentrale Planer, sondern die einzelnen Wirtschaftssubjekte setzen im allgemeinen die wirtschaftlichen Ziele, so daß sich die Wirtschaftspolitik im besondern auf die Eindämmung konjunktureller Störungen beschränkt.

Das *neue Wettbewerbsleitbild* ist anderer Natur: der Wettbewerb wird zum Instrument wirtschaftspolitischer Zielsetzungen umfunktioniert und seine Rolle als Mittel der Freiheitssicherung tritt demzufolge zurück. Damit im Zusammenhang steht zweifellos die anfänglich positive Einstellung zur *Konzentration*, von welcher Produktivitätsfortschritte erwartet wurden. Gewiß, schon in der Erhard'schen Phase nahm der Konzentrationsprozeß an Intensität zu, aber er war die Folge des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das den Fusionen keinen Riegel schiebt, und nicht einer konzentrationsfreundlichen Wirtschaftspolitik. Die Novellierung des Kartellgesetzes dürfte hier möglicherweise Remedur schaffen,

aber die Frage bleibt im Raum, wie mit dem neuen Wettbewerbsleitbild der Konzentration gesteuert werden will.

Schließlich bleibt in diesem Zusammenhang noch die „konzertierte Aktion“ hervorzuheben, die Karl Schiller aus der Taufe gehoben hat. Sie fügt sich organisch in das neue Wettbewerbsleitbild ein, indem sie zwischen Staat und Wirtschaft eine Klammer zu schaffen versucht, mit der die freie Entscheidung auf dem Markt überspielt werden soll. Sie hat sich als Instrument der Einkommenspolitik keineswegs als erfolgreich erwiesen, und in der Strukturpolitik – es sei an das Kohleanpassungsgesetz erinnert – zu einem für die Allgemeinheit überaus kostspieligen Handel geführt.

In seinem bereits erwähnten Vortrag hat Kurt Biedenkopf über diese Institution und die ihr zugrunde liegende Konzeption folgendes Urteil gefällt:

„Die konzertierte Aktion, deren gesetzliche Sicherung zu den wichtigsten Aspekten der neuen Wirtschaftspolitik gehört, ist der Ausdruck ihres neuen gesellschaftspolitischen Verhältnisses. Sie bejaht mit den Worten des Bundeswirtschaftsministers die Existenz der organisierten Gruppen und gibt ihnen die Möglichkeit, an der Vorformung der Wirtschaftspolitik mitzuwirken. Von ihr wird ein gesellschaftlicher Integrationsprozeß erwartet, der von dem ‚Modell einer aggregierten, gruppenhaft organisierten Wirtschaftsgesellschaft‘ ausgeht, in der ‚Oligopole und organisierte Gruppen zu Makrodezisionen Zugang haben‘.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich die Angriffe der Nachkriegsgeneration gerade gegen die Wirtschaft, ihre Verbände und Organisationen und gegen die politische Berechtigung ihrer rechtlichen Ordnung und Institution richten. Es ist eine Wirtschaft, die in den Augen dieser Generation nicht mehr dem Ganzen dient,

sondern sich selbst, deren Grundsatz nicht Freiheit und Personenwürde, sondern ökonomische Opportunität ist, die nicht von dem Volke und seinen Bürgern, sondern von Organisationen und Verbänden getragen wird und dem einzelnen, dem sie zu dienen vorgibt, keinen Raum bietet. Dieses Bild ist verzerrt und deshalb falsch. Aber Radikalität und der Rückgriff auf alte Ideologien sind die Antwort der Nachkriegsgeneration auf eine Wirtschaftspolitik, die der Frage nach ihren Werten mit dem Hinweis auf ihre Produktivität, dem Begehren nach erneuter Rechtfertigung mit dem Stolz auf Vollbrachtes und der Forderung nach freiheitlicher Legitimation mit dem Anspruch auf Pragmatismus begegnet.“

Auf die Frage, ob die Bundesrepublik überhaupt noch eine soziale Marktwirtschaft habe, hat Prof. Hans Otto Lenel in einem Vortrag vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft Anfang dieses Jahres wie folgt geantwortet:

„Ich möchte diese Frage nicht schlechthin verneinen. Ich meine aber, daß wir uns jedenfalls von ihrem Leitbild immer mehr entfernen. Rahmenplanung, instrumentalisierter Wettbewerb, Konzentrationsförderung, konzertierte Aktion und vorgegebene Wachstumsraten passen nicht zu ihm. Mit der Fortsetzung und Zunahme der bisherigen Eingriffe, des Drehens an immer anderen Schrauben der Maschine, als die man den Wirtschaftsprozeß wohl allzusehr betrachtet, besteht überdies die Gefahr, daß die Wirtschaftssubjekte allzu unsicher werden, daß die nötigen Anreize für ein zweckmäßiges Handeln wegfallen und der Rest des marktwirtschaftlichen Systems deshalb nicht mehr funktioniert. Der eingeschlagene Weg bringt die Gefahr mit sich, daß wir die Grenze überschreiten, nach der von sozialer Marktwirtschaft keine Rede mehr sein kann. Wir haben uns ihr schon erheblich genähert.“

Aufeiner anderen Ebene vollzieht sich ein durchaus paralleler Prozeß, der nicht weniger besorgniserregend ist. Ich denke ganz abgesehen von der im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung in Aussicht genommenen weiteren gewaltigen Aufstockung des Sozialhaushaltes und damit des Sozialkonsums, an die erbitterten Diskussionen über die *Mitbestimmung* und die *Vermögensbildung*, die beide in einer der Marktwirtschaft nicht konformen Richtung verlaufen. Wird in dieser Landschaft noch das Machtmonopol der Gewerkschaften ins Auge gefaßt, so zeichnen sich früher oder später Umstrukturierungen ab, die nach der Frage rufen, ob der Wettbewerb als bestes Mittel der Leistungssteigerung und der Leistungsauslese, der die Subordination durch die Koordination ersetzt, nicht auch auf diese Weise aus den Angeln gehoben werden kann.

Ich habe mich mit den ordnungspolitischen und *nicht* mit den *wirtschaftspolitischen Schatten* befaßt, die einer besonderen Würdigung bedürften. Ein Konnex muß aber abschließend unbedingt noch etwas erwähnt werden: es ist dies die *schleichende Geldentwertung*, in der man einen untrüglichen Hinweis auf ordnungspolitische Degenerationserscheinungen erblicken muß. Damit ist aber auch zum Ausdruck gebracht, daß die westlichen Industriestaaten ohne Ausnahme sich mit schweren ordnungspolitischen Problemen konfrontiert sehen – und die Bundesrepublik stellt, wie eingangs erwähnt, nur insofern einen Sonderfall dar, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem neuen Leitbild ans Werk gegangen ist, das, wie ich glaube nachgewiesen zu haben, allmählich verblaßt.

Das Fazit

Vom Frühkapitalismus über den Hochkapitalismus bis zum Spätkapitalismus spinnt sich ein Gewebe, das vom Individualismus weg und hin zu einem Kollektivismus führt. War *Werner Sombart*, der zusammen mit *Max Weber* den Begriff des Kapitalismus in der Wissenschaft eingeführt hat, noch der Meinung, die Entwicklung werde schließlich in eine genossenschaftliche Ordnung ausklingen, so kann heute festgestellt werden, daß in jenem Teil der Welt, der der Freiheit nicht durch eine Revolution radikal Valet gesagt hat, die „offene Gesellschaft“ das Erbe des „bürgerlichen Zeitalters“ angetreten und sich ein *demokratischer Staatskapitalismus* herausgebildet hat, der die Marktwirtschaft in höchst problematische Bahnen abdrängt. Der „kapitalistische Geist“, den *Max Weber* seinerzeit meisterhaft analysiert hat, scheint aber insofern in *Werner Sombarts* Vorhersage auszumünden, als mit dem qualifizierten Mitbestimmungsrecht der *Autoritätszerfall*, das heißt eine hierarchische Gliederung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, nunmehr auch auf die mikroökonomische, das heißt die privatwirtschaftliche Ebene überzugreifen droht. Und der amerikanische Nationalökonom *George J. Stigler* schreibt mit etwelchem Recht: „Die einzige wirksame Abwehr gegenüber einem allzu willfährigen Opportunismus wäre eine Wirtschaftsphilosophie aus einem Guß; genau das ist es aber, was wir nicht mehr haben. Wir verabscheuen den Kommunismus und schämen uns gleichzeitig des privaten Unternehmertums; aber wir vermögen nicht mehr als gute Absichten an seine Stelle zu setzen.“

Die Frage ist nicht unbegründet, ob der sich in der pluralistischen Wohlstandsgesellschaft da und dort abzeichnende Radikalismus, als dessen Bannerträger die heranwachsende akademische Generation auftritt, seine Wurzeln nicht auch in einer Wirtschaftsordnung hat, die schlicht und einfach als eine solche der Marktwirtschaft zu bezeichnen üblich geworden ist, obschon wir immer offensichtlicher in eine neue Variante des Staatskapitalismus, nämlich in die „*Technostruktur*“, abzugleiten drohen. Wird das Zuordnungsverhältnis in diesem Zusammenhang mit ins Auge gefaßt, so drängt sich die weitere Frage auf, ob im Gleichschritt mit der Transformation der Wirtschaftsordnung nicht auch Gesellschaft und Staat in einem neuen Licht erscheinen, das nicht mehr unbedingt als ein Fanal der Freiheit bezeichnet werden kann, das heißt, ob nicht auch letztere sich in einem tiefgreifenden Wandel befinden, der schließlich in ein „*Establishment*“ ausmünden könnte.

Jedenfalls erinnert die heutige Unruhe und Unrast der freien Welt an die weise Mahnung *Heinrich Pestalozzis*, wonach *Freiheit* ein bloßes Gerede da ist, „*wo der Mensch entnervt ist, wo sein Verstand nicht mit Wissen gespeist und seine Urteilskraft vernachlässigt wurde, vor allem aber da, wo der Mensch sich seiner Rechte und Pflichten als ein sittliches Wesen nicht bewußt ist.*“

Bericht über die Diskussion

von

Heinrich Basilius Streithofen

1. Das Ordnungsbild der Marktwirtschaft

Das Leistungsprinzip als Wesensmerkmal der durch Wettbewerb geordneten Wirtschaft

Nach C. Mötteli garantiert das Wettbewerbsprinzip die beste Leistungssteigerung und die beste Leistungsauslese. Maßstab für die wirtschaftliche Leistung ist der Markt als „objektives Selektionsinstrument“. Voraussetzung ist jedoch, daß die Marktgesetzlichkeit tatsächlich funktioniert. Wenn die Leistungssteigerung – und damit auch das Leistungsprinzip – nicht durch den Markt bewirkt wird, dann muß eine Bürokratie mit Zwang die Leistungssteigerung versuchen. In diesem Fall haben wir aber kein „objektives Selektionsinstrument“, vielmehr ein „sehr subjektives“.

In der Diskussion des Referats von C. Mötteli kritisiert ein Teilnehmer, daß die *Leistung* das Schlüsselwort für die soziale Marktwirtschaft sei. Die Frage laute aber, „wie wird die persönliche Leistung bewertet, woran wird sie gemessen?“ Die soziale Marktwirtschaft sei im Zuge des ökonomischen Positivismus und Opportunismus dahin geraten, daß die Leistung nur materiell bewertet werde. Alle anderen Maßstäbe seien in den Hintergrund getreten. Nur der materielle Erfolg, d. h. der höhere Verdienst, reize den einzelnen zur

Leistung. Deshalb spreche heute besonders die Neue Linke von der Profitgier, die besonders den Unternehmern unterstellt würde. Die Unternehmer müßten sich einmal fragen, wie weit sie sich durch ihr wirtschaftliches Engagement familiären und politischen Verpflichtungen entzogen hätten? „Haben wir nicht bestimmte Bereiche des menschlichen Lebens vernachlässigt?“ Das gelte aber nicht allein für die Unternehmer. Viele Bürger in diesem Land seien ökonomischen Zielen nachgelaufen und hätten den inneren Menschen verkümmern lassen. Sinn und Wert menschlichen Lebens könne aber nicht nur in ökonomischen Werten ausgedrückt werden. Ähnlich verhalte es sich mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit. Die Reaktionen der Jugend seien ein Hinweis dafür, daß sie der Zurschaustellung der materiellen Leistung überdrüssig sei. Dabei sei die Jugend nicht leistungsunwillig und bejahe das Leistungsprinzip, aber sie neige dazu, sich stärker ihrer inneren Verfassung, ihrem inneren Menschsein und auch der Gemeinschaft gegenüber verpflichtet zu fühlen.

Eine weitere Folge des ökonomischen Positivismus und Opportunismus sei die „egozentrische Betrachtung aller Dinge“ und die „Vernachlässigung der Gemeinschaftsaufgaben“. Die Jugend sehe im Sozialismus die Idee der Gemeinsamkeit verwirklicht, in der Marktwirtschaft dagegen vernachlässigt. „Die Wurzeln des Übels liegen darin, daß im egoistischen Leistungsstreben nicht an die Familie, nicht an die Gesellschaft, nicht an die Wirtschaft als Ganzheit gedacht wird.“ Dazu komme noch ein anderer Gesichtspunkt: „Als Unternehmer müssen wir im Gespräch mit unseren Führungskräften auf die moralische Verantwortlichkeit für das Ganze

hinweisen. Wir haben uns oft falsch verhalten, indem wir Abwerbungen betrieben. Wir haben Leute zu Vertrags- und Wortbrüchen verleitet, um mehr Gewinne zu machen. Auch darin ist begründet, daß das Wort Leistungsprinzip seinen inneren Gehalt verloren hat.“

Ein anderer Diskussionsteilnehmer weist darauf hin, daß das Leistungsprinzip heute abgewertet sei, weil im öffentlichen Dienst das Leistungsprinzip kaum noch vorhanden sei.

Die einseitige und äußerliche Überbetonung des Leistungsprinzips in unserer heutigen Gesellschaft als Statussymbol für die Menschen wird auch von einigen anderen Diskussionsmitgliedern kritisiert.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die wesentliche Funktion des Wettbewerbs darin bestehe, ein Lenkungsinstrument dafür zu sein, daß jeder Bürger freien Zutritt zu allen Berufen und Industrien habe. Der Wettbewerb müsse auch der Ballung wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Der Charakter des Wettbewerbs könne vielleicht am besten durch die entsprechende Norm in der politischen Ordnung gekennzeichnet werden. Die demokratische Ordnung wolle allen Bürgern die gleichen Rechte garantieren. Ferner verlange das demokratische Prinzip eine Streuung der politischen Gewalt. Denn es bezwecke, daß in einem Staat die Macht nicht in einer Hand liege, sondern bestimmte Gruppen jeweils um die Erringung der Macht kämpfen. Damit erhalte das demokratische Modell bereits eine gewisse Umprägung. Denn über die Machtverteilung entschieden nicht mehr einfach die Stimmen schlechthin, sondern eine Stimmenkombination, welche dann die gemeinschaftsgestaltende Autorität herstelle. Der Leistungswettbewerb gleiche damit nicht dem

Modell des vollkommenen Wettbewerbs. Von einem Leistungswettbewerb könne man sprechen, wenn er die Unternehmer zur eigenen Leistung anreize, um im Wettbewerb durchhalten zu können. Die Konsequenz sei natürlich, daß der Leistungsunwillige, nicht aber der Leistungsschwache, aus dem Wettbewerb ausscheiden müsse. Vom Unternehmer her gesehen bedeute Leistungswettbewerb: Wille zur Erstellung einer eigenen Leistung und damit zur Vergrößerung des Marktanteils.

Sozialpolitische Zielsetzungen und ihre Abstimmung mit dem Wettbewerbsprinzip

Nach C. Mötteli ist der Begriff Soziale Marktwirtschaft „politisch attraktiv“. Zugleich ist er außerordentlich gefährlich, weil nämlich im Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ etwas zum Ausdruck gebracht wird, was von der Marktwirtschaft nicht erwartet werden kann und nicht erwartet werden darf. Die Ordo-Liberalen, bei denen es sich nach der Meinung von C. Mötteli nicht um Vertreter einer Ideologie handele, sondern um eine „wissenschaftliche Schule“, mit der man einig gehen oder die man bekämpfen kann, haben sich immer vorsichtiger ausgedrückt. Sie sprachen und sprechen von einer „Wettbewerbsordnung“. Die Wettbewerbsordnung, d. h. dann realiter der Markt, vermag gewisse Optionen der Wirtschaft zu erfüllen. Die Ordo-Liberalen verweisen gleichzeitig auf sogenannte Rahmenbedingungen, die außerhalb des Marktes gesetzt werden: Nutzung des natürlichen Lebensraumes durch eine systematische Raumordnung, Stadtanierung, verbunden mit einer Neuordnung des Verkehrs,

2. Sozialpolitik und Leistungsprinzip

Eigenvorsorge, Solidarität, Kollektivismus

In der kritischen Auseinandersetzung mit den Gedanken von C. Mötteli nahm das *Verhältnis von Sozialpolitik und Leistungsprinzip* einen breiten Raum ein. C. Mötteli macht darauf aufmerksam, daß die Wettbewerbsordnung einen wachsenden Wohlstand für alle Bürger in den letzten zwei Jahrzehnten geschaffen hat. Ferner läßt sie einer gesellschaftspolitischen Rahmenordnung weiten Raum und verbürgt letztlich ein Optimum an Subsidiarität, Solidarität und Stabilität. Er bedauert aber, daß in der Wohlstandsgesellschaft der Gedanke der *Eigenvorsorge* und *Eigenverantwortung des Bürgers* immer mehr schwindet. Bezüglich der Sozialversicherung vertritt er den Standpunkt, daß die Sozialversicherung als Grundversicherung, als Basisversicherung, notwendig ist. Grundsätzlich bejaht er auch das Solidaritätsprinzip, weist aber darauf hin, und dies wird heute oft vergessen, daß „das Solidaritätsprinzip einmal in der Familie gegolten habe, jetzt aber auf die Gemeinschaft übertragen wird. Die Konsequenz: Leute, die im Grunde genommen gar nichts miteinander zu tun haben, müssen füreinander sorgen, und jeder hat die Hand in der Hosentasche des anderen.“ Hier ist an die Gesellschaftspolitiker die Frage zu stellen: „Hat eine solche Gesellschaft noch die notwendige Kohärenz und ist sie überhaupt noch einigermaßen vernünftig aufgebaut?“ Dort, meint C. Mötteli, wo man die Selbstvorsorge durch eine Sozialversicherung zu eliminieren beginnt, wird diese zum Übel und ist mit der Marktwirtschaft nicht mehr zu vereinigen, nicht mehr konform.

Ein Gesprächsteilnehmer stimmt mit C. Mötteli darin überein, daß die Idee der Selbstvorsorge heute nicht mehr genügend deutlich sei und in der Gesetzgebung kaum noch berücksichtigt werde. Er weist auch darauf hin, daß das Solidaritätsprinzip als Grundsatz der gemeinschaftlichen Verbundenheit auf verschiedenen Wegen und in verschiedenen Weisen bzw. nach verschiedenen Prinzipien verwirklicht werden könne. Er verteidigt aber das System der Sozialversicherung, wie es heute in der Bundesrepublik im Umlageverfahren praktiziert wird, als ein „zeitgemäßes System“. Nach dem Kapitaldeckungsverfahren sei nach seiner Ansicht eine solche soziale Sicherung, auch schon vom Geldkreislauf her, nicht mehr möglich. „Wenn wir dieses Prinzip nicht eingeführt hätten, dann hätte die Wirtschaft eine Milliardenfülle an Schulden gegenüber den Versicherungsansprüchen. Wenn wir nicht eine gewisse Grundsicherung geschaffen hätten, würden wir immer mehr Leute an die Sozialhilfe heranbringen müssen, weil das sozial-kulturelle Existenzminimum ständig steigt.“ Dieser Gedanke, daß das Umlageverfahren die beste Methode sei für die Rentenversicherung, wird von einigen Teilnehmern angezweifelt.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle wird von einem Teilnehmer als Beispiel für die Entlastung von der eigenen Vorsorge gezeichnet. In der sozialen Krankenversicherung sei mit der Lohnfortzahlung eine Regelung beschlossen worden, die den einzelnen von Fondssorge und Verantwortung befreie. Krankenstand und -kosten hätten nicht voraussehbare Dimensionen erreicht. Dies sei die unangenehme Folge. Bedauerlich sei, daß zwischen den Parteien

In diesem Zusammenhang wird von einem Gesprächspartner die Frage gestellt, was denn eigentlich das *Soziale* an der *sozialen Marktwirtschaft* sei? Dies würde nicht immer deutlich. Er sei davon überzeugt, daß die soziale Marktwirtschaft, so wie die Ordo-Liberalen sie verstünden, bestimmte ungeprüfte Voraussetzungen des *ordre naturel* als gegeben voraussetze. Die Vertreter der sozialen Marktwirtschaft hätten zum Beispiel zu wenig darüber nachgedacht, wie die Leistungsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit in der sozialen Marktwirtschaft verbessert werden könne, zum Beispiel durch Vermögensbildung oder durch ein Arbeitsförderungsgesetz. Die Anhänger des Systems der sozialen Marktwirtschaft hätten, so glaubt er, bis heute nicht genügend zu erkennen gegeben, wie sie sich einen konstruktiven Ausbau der Marktwirtschaft vorstellen. Das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik sei von ihnen nicht richtig geordnet worden.

Ein anderer Diskussionsteilnehmer fragt ebenfalls, was das *Soziale* an der sozialen Marktwirtschaft sei. Er vermisse in der Diskussion einen Hinweis auf unseren sozialen Rechtsstaat und auf die Verfassung dieses sozialen Rechtsstaates als Grundlage aller konkreten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die heute unter dem Begriff soziale Marktwirtschaft geläufig sei. Man dürfe nicht fragen, was heißt soziale Marktwirtschaft und was kommt noch dazu, sondern man müsse fragen, was kann die soziale Marktwirtschaft sozialpolitisch leisten.

Gleichzeitig sei zu fragen, wie das Grundgesetz die Sozialstaatlichkeit verstehe. Er glaube, dieses Prinzip dürfe weder liberalistisch noch sozialistisch als Versorgungsstaatsprinzip verstanden werden, sondern als ein Wohlfahrtsstaatsprinzip, das Hilfe zur Selbsthilfe bedeute.

Vermögensbildung

Aus der Problematik der Vermögensbildung ergibt sich ebenfalls die Fragestellung nach dem *Sozialen* an der *sozialen Marktwirtschaft*. Ein Diskussionsteilnehmer bemerkt, daß er die Schizophrenie derjenigen nicht verstehe, welche die soziale Marktwirtschaft retten wollen, wenn sie einmal davon sprächen, daß die Eigenkapitalstruktur der deutschen Wirtschaft zu niedrig sei, zum anderen, wenn sie im Bereich des Produktivkapitals eine personenbezogene Vermögensbildung verhinderten oder ihr wenigstens sehr skeptisch gegenüberständen. Eine breit gestreute personenbezogene Vermögensbildung würde nach seiner Meinung von einigen unternehmerischen Kreisen „torpediert“. Ob die soziale Marktwirtschaft stehen bliebe, sich zurück- oder positiv fortentwickle, würde sich an der Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zeigen. Man könne in bestimmten Kreisen, auch in dieser Gesprächsrunde, nicht so tun, als ob die Arbeitnehmer die Beteiligung am Produktivvermögen ablehnen würden. Die entscheidende Frage sei vielmehr, was wird aus dem Komplex Produktivvermögen? Man solle doch die Sozialisten aller Schattierungen nicht für so dumm halten, wie es landläufig von manchen Leuten getan würde. Denn die Sozialdemokraten versuchten die Gesellschaft mittels des Produktivvermögens umzufunktionieren. Der Sozialismus habe seit einigen Jahren die Vermögens- und Eigentumspolitik entdeckt und versuche durch diese eine Veränderung des Wirtschaftssystems zu erreichen. Die sozialdemokratischen Pläne zur Gewinnabschöpfung oder zur Investitionssteuer zeigten eine ähnliche Tendenz. Gleich-

lautender sozialistischer Aussagen, nicht eine Konzentration des gesamten Volksvermögens in einigen wenigen Händen vollzogen, sondern eine breite Streuung. Wenn man dabei zugleich nicht nur die Vermögenskonzentration betrachte, sondern auch die Einkommenskonzentration, dann müsse vor einem groben Mißverständnis gewarnt werden: immer wieder werde der Begriff Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Einkommensstatistik gleichgesetzt mit dem Vermögensanteil am Einkommen des gesamten Volkes, das den Unternehmern zufließe. Der Rest, also das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit, sei dann das, was für die armen Arbeitnehmer übrig bleibe. Hier stehe aber „Unternehmertätigkeit und Vermögen“ und darin sei auch jener Teil der Einkommen enthalten, der auf Kapitalanlagen der Unselbständigen entfalle. Mit den Zahlen der Einkommens- und Vermögensstatistik solle man sehr vorsichtig argumentieren. Ihre genaue Analyse ergebe: *Vermögensverteilung und Einkommensverteilung seien heute breiter gestreut als früher.* Ein einigermaßen realistischer Einblick in frühere und heutige Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werde dies bestätigen. Wenn man heute den Lebensstil der unterschiedlichen Gesellschaftsklassen miteinander vergleiche und sich daran erinnere, wie das vor zwei, drei oder fünf Jahrzehnten ausgesehen habe, dann stelle man auch durch diesen Vergleich ganz eindeutig fest, daß unsere Marktwirtschaft sehr wohl sozial sei, denn sie habe dazu beigetragen, daß die Vermögen und Einkommen immer besser, gleichmäßiger und damit gerechter verteilt würden.

Wenn man über die Beteiligung breiter Arbeitnehmerschichten am Produktivvermögen spreche, sei daran zu

denken, daß ungefähr von einer Million investiertem Kapital dem Unternehmer selbst im Regelfalle aufgrund der Fremdfinanzierung nur etwa DM 300 000,- gehörten. Auf jeden Fall gehöre dem Unternehmer „weniger als die Hälfte und der Rest gehört den Gläubigern“. Im Sinne unserer Vermögensstatistik gelte das Ganze aber wiederum als Vermögen. Man solle nicht vergessen, daß das Sparkapital einen wesentlichen Beitrag zur Fremdfinanzierung der Unternehmen leiste. Zu den Beträgen also, die den Gläubigern gehörten, sei auch das eingezahlte Sparkapital zu rechnen. Wenn man nun den Rest verteilen wolle durch Enteignung oder durch Gewinnabgaben, dann würde die Eigenkapitalbasis weiter geschmälert. Das müsse dann auf eine solche Konstruktion hinauslaufen, daß man den Gläubiger in Gesellschafter verwandele, daß man zusätzliches Produktivvermögen schaffe, indem man vorhandenes Geldvermögen in Produktivvermögen verwandele. Dies alles sei bei dem Problemkreis „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“ zu berücksichtigen. Bald gäbe es auch hier technische Schwierigkeiten, die in einer Publikumsaktiengesellschaft am geringsten seien, denn den einzelnen Aktionär berühre es wenig, ob noch andere Aktionäre da seien. Schwieriger werde das Problem in einer Aktiengesellschaft oder in einer GmbH, wo Mehrheiten seien, Schachtelprivilegien etc., ganz kompliziert werde es im Fall des Einzelunternehmers. Über diese Schwierigkeiten müsse man sich im klaren sein.

Ein anderer Gesprächsteilnehmer erwähnt die Vermögensbildungspläne der Staatssekretäre und sagt, es sei falsch, wenn von diesen Plänen gesagt würde, daß sie dazu beitragen würden, der Wirtschaft mehr Eigenkapital zuzuführen. Die

von der Geldentwertung überholt würde. Die Konsequenz: Förderung des öffentlichen gemeinnützigen Wohnungsbaus von der Neuen Heimat bis hin zu den kommunalen Wohnungsbauengesellschaften. Diesen Komplex gelte es zu untersuchen. Die Privatisierung des Wohnungsbesitzes der Großgesellschaften und der Kommunen wäre ein konkretes Angebot an den einzelnen Arbeitnehmer. *Solange aber die Wirtschaftspolitik die volkswirtschaftlichen Ressourcen überfordere und am Ziel des Wachstums hemmungslos orientiert sei, würde die Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik sich in eine kollektivistische Richtung entwickeln.*

Ein Gesprächsteilnehmer erinnert an den spektakulären Rücktritt des Parlamentarischen Staatssekretärs *Philipp Rosenthal*. Nach seiner Ansicht wird die Vermögensbildung im sozialdemokratischen Bereich das Thema des Wahlkampfes 1973 werden. Die CDU müsse deshalb dieses Thema behandeln, ob es ihr passe oder nicht. Jedoch müsse ein CDU-Politiker schon heute eine große Portion Zivilcourage aufbringen, wenn er sagen wolle, was in der Vermögensbildung machbar und nicht machbar sei. Der Redner glaubt, daß der Mann auf der Straße immer noch ein Gefühl für die Wirklichkeit besitze. „Man muß wagen ihm zu sagen, daß bestimmte Forderungen, dazu gehört auch die Vermögensbildung, in der Wirtschaft sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen. Aber dazu gehört auch der Mut auszusprechen, daß die rasante Beteiligung am Produktivvermögen nicht möglich ist. Sie ist unrealistisch. Durch den Vermögensbildungsplan der Staatssekretäre und durch die Belastung der Gewinne mit einer Abgabe von 10% würde die bereits ruinierte Gewinnsituation der Unternehmer noch

weiter verschlechtert. Auf den Kapitalmarkt wird sich das verheerend auswirken. Diese Pläne sind ein Betrug am Volk, sie gaukeln den Menschen etwas Unrealistisches vor.“

An diese Ausführungen knüpfen die Überlegungen eines Diskussionsteilnehmers an. Er meint, die Politiker müßten den Mut besitzen neue Akzente zu setzen. „Eine Eigentümergesellschaft ist notwendig.“ Auch aus politischen Gründen sei eine konstruktive Lösung der Vermögensbildung zu fordern. Denn sonst könne sich in den Unternehmen wiederholen, was bereits an den Universitäten eingetreten sei. Dort bestehe eine revolutionäre Situation. *Die Ostpolitik der Bundesregierung würde ebenfalls dazu beitragen, diese Revolution zu verstärken und langfristig die Marktwirtschaft umzufunktionieren, um zu einer sozialistischen Wiedervereinigung zu gelangen.* Durch eine falsche Vermögensbildungspolitik könne diese Entwicklung vorbereitet werden. Dies liege auch im Interesse bestimmter sozialdemokratischer Gruppen. Indem man dazu beitrage, Methoden und Wege zu finden, eine Eigentümergesellschaft zu schaffen, trage man auch dazu bei, diese Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erhalten. Ob es wirtschaftlich vernünftig sei, eine breite Streuung des Produktivvermögens zu versuchen, sei eine zweitrangige Frage. Die Unternehmer dürften nicht die aktuelle politische und wirtschaftspolitische Bedrohung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung übersehen. Wenn von unternehmerischer Seite der *Burgbacher-Plan* abgelehnt werde, dann müßten sich die Unternehmer schon etwas besseres einfallen lassen. Nach Meinung dieses Gesprächsteilnehmers müsse jeder Verzerrung und einseitigen Darstellung der Vermögensbildung, vor allem durch die Massenmedien, ent-

Die unausgesprochene Überzeugung, alles sei machbar und die Neigung, in Utopien zu denken, ist nach Ansicht eines Diskussionsteilnehmers Ursache für die Schwierigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Die gärende Unruhe und Ungeduld in der Gesellschaft hänge damit zusammen, daß alles, was ist, oder was war, an utopischen Menschenbildern und Gesellschaftsvorstellungen gemessen werde. Verbunden damit sei eine allgemeine Unzufriedenheit der Menschen mit ihrem Schicksal. Früher, so glaube er, sei das anders gewesen. Die Neigung zum utopischen Denken und die ungeduldige Reformsucht wertet er als ein Zeichen für den schwindenden Einfluß der Kirchen.

Zu diesen Gedanken äußert sich ein anderer Diskussions- teilnehmer. Er bezeichnet die Marktwirtschaft als ein „ökonomisches Ordnungsprinzip“. Dem Zusatz „sozial“ komme eine gewisse Fragwürdigkeit zu, weil durch ihn der Marktwirtschaft und damit der Wirtschaft überhaupt Aufgaben zuerkannt würden, die sie als „ökonomisches Ordnungsprinzip“ überhaupt nicht erfüllen kann. Sie könne lediglich die Voraussetzungen dafür schaffen. Die Gespräche mit jüngeren Leuten über die Vermögensbildung oder die Mitbestimmung zeigten nach seinen Erfahrungen, daß diese Probleme vordergründig seien, dahinter würden sich Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach der Einordnung des Individuums in die Gesellschaft verbergen. Diese Fragen könnten aber nicht von der sozialen Marktwirtschaft beantwortet werden. Dazu seien andere Gruppen aufgerufen, die sich bisher außerordentlich zurückgehalten hätten, die Hochschulen und die Kirchen.

Auf die beiden letzten Beiträge, die indirekt Fragen an die Kirchen stellen, antwortet ein Gesprächspartner: „Es gibt eine Interdependenz zwischen den Strömungen in der Gesellschaft und der Kirche, also auch zwischen Kirche und Wirtschaft. Zur Zeit kommt ein gewisser Unmut gegen die Kirche als Institution auf. Man ist unmutig, weil die Kirche nicht genug Richtlinien bzw. Maßstäbe aufstellt, um gesellschaftspolitisch relevante Fragen zu regeln.“ Weiter wurde erklärt, daß in den letzten Jahren innerhalb der Kirchen das Bewußtsein gewachsen sei, daß die Kirchen in der pluralistischen Gesellschaft nicht die Aufgabe haben könnten, gesellschaftspolitische Modelle vorzulegen. Manche Kreise würden aber erwarten, daß die Kirche in Übereinstimmung mit dem Evangelium konkrete und absolute Aussagen mache für die Gestaltung der Gesellschaft. Die Selbstbesinnung der katholischen Kirche und der Theologie auf ihre eigene Aufgabe führe aber heute mehr und mehr zu dem Bewußtsein der Relativität aller Normen. Das bedeute natürlich nicht, daß es keine Normen gäbe oder keine Normen geben dürfte. Im Gegenteil! Es besage nur: in der Relativität müssen die Konstanten gesehen werden. Von diesen Konstanten aus müsse man eine normative Ordnung schaffen. Methodisch gehe man also heute anders vor als früher. Man leite nicht mehr deduktiv aus dem Evangelium und dem Offenbarungsgut bestimmte moralische Grundsätze ab. Dabei sei zu bedenken, daß die Distanz zwischen den sittlichen Prinzipien, welche die Kirche verkündige und den konkreten Imperativen, aus denen der einzelne oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen ihr Dasein frei gestalten, in der pluralistischen Gesellschaft größer geworden sei. Die Kirche könne zwar

allgemeine Grundsätze für die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens formulieren, aber sie könne kein „konkretes Modell“ einer bestimmten Wirtschaftsordnung anbieten. Allerdings gäbe es auch Modelle, deren Verwirklichung schwierig oder für einen Christen auch unmöglich sei. „Die allgemeinen Prinzipien der kirchlichen Soziallehre lassen sich in verschiedenen konkreten Modellen einer Wirtschaft verwirklichen. Aber welches Modell hier und heute das richtige ist, kann die Kirche nicht allgemein sagen. Ihre religiöse Aufgabe besteht zunächst darin, das Abendmahl des Herrn zu feiern, seinen Tod und seine Wiederkunft zu verkünden, im Namen des dreifaltigen Gottes zu taufen und die Botschaft von der Erlösung zu verkündigen.“

Ein anderer Gesprächsteilnehmer stellt fest, daß Wirtschaftspolitik natürlich keine Moraltheologie bzw. keine Moralpolitik sein könne. Aber eine soziale Marktwirtschaft, die nicht auf moralischen Grundlagen aufgebaut sei, komme ins Wanken. Er fragt: „Welche moralischen Maßstäbe gelten für uns und praktizieren wir selbst? Sehen wir das Leistungsprinzip nur als materielles Prinzip, um unseren Lebensstil zu verbessern?“ Zum Leistungserfolg gehöre nicht nur die materielle, sondern auch die immaterielle Leistung, Opferbereitschaft und beispielhaftes Leben. „Unternehmer und Politiker vernachlässigen manchmal diese moralischen Grundlagen zu sehr in ihrem eigenen Handeln. *Sozial* wurde weitgehend als Wählerkauf in den vergangenen Jahren verstanden. Wenigstens von einigen Politikern. Nach dem Gießkannenprinzip streute man Geld aus, um für die nächste Wahl die Mehrheit zu bekommen. Das war früher so und ist auch heute so bei der liberal-sozialen Regierung. Aber weder die

Marktwirtschaft als Ordnungssystem noch die parlamentarische Demokratie können ohne sittliche Grundlagen existieren.“

Nach dem Urteil eines Gesprächspartners sind die vorhergehenden Bemerkungen als Zustandsfeststellungen „völlig richtig“. Er stellt aber nochmals die skeptische Frage: „Unterliegen wir nicht alle der Gefahr, daß wir von einem wirtschaftspolitischen Ordnungssystem Dinge erwarten, die es nicht zu leisten vermag?“ Das ganze Dilemma liege darin, daß Parallelen festzustellen seien zur Krise der katholischen und evangelischen Kirche, zur Auflösung der Glaubensgrundlagen, zum radikalen Infragestellen im religiösen Raum. Sinnfragen, die von der Kirche nicht beantwortet werden könnten, seien auch von einem wirtschaftspolitischen Ordnungssystem nicht zu lösen. Sie seien Voraussetzungen einer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung.

Ein anderer Gesprächsteilnehmer meint, daß eine bessere Bildung und Ausbildung notwendig sei für die Sicherung der sozialen Marktwirtschaft. Für die Gruppe der mittelständischen Wirtschaft sei dies ein zentraler Punkt, wichtiger als zum Beispiel Steuervorteile oder ein neues Wettbewerbsrecht. Durch eine gründliche Ausbildung würde der Mensch fachlich und moralisch darauf vorbereitet, im Rahmen der Wirtschaft bestimmte Möglichkeiten bei sich ändernden Situationen wahrzunehmen und zu verstehen.

4. Zerstörung der Marktwirtschaft

Die Leistungsgesellschaft entwickelt sich nach Ansicht von C. Mötteli zur Anspruchsgesellschaft. Können nun die Anspruchsgesellschaft und die Demokratie zusammen existieren? Denn es besteht anscheinend kein Druck mehr, der die übertriebenen Ansprüche der Gesellschaft in wirtschaftlich vernünftige Schranken verweist. Zwar hat die *soziale Marktwirtschaft* ihren *Zuchtmeister*: die *Marktschwankung*. Diese kann den Verlust des Arbeitsplatzes verursachen. In einer Periode der Hochkonjunktur wird dies zu oft vergessen. Und im Rahmen der sogenannten Vollbeschäftigungspolitik will man die Marktschwankung möglichst beseitigen und den Arbeitsplatz absolut garantieren. Es ist nun zu fragen, wie weit die politische Sicherung des Arbeitsplatzes zu einer Leistungsminderung führt? Denn der Arbeitnehmer, dessen Platz gesichert ist, braucht sich nicht mehr anzustrengen. Der *Markt* ist auch ein *Zuchtmeister für die Preise*. Es muß klar erkannt werden, was wir wollen: Sicherheit oder Freiheit, Vollbeschäftigung oder Stabilität?

Dieser Gedanke wird durch den Hinweis auf die „new economics“ vertieft. Man muß sich darüber klar werden, wie weit die Politik der „new economics“ die Freiheitsräume in dieser Gesellschaft einengen. Das, was die Vertreter der „new economics“ von der Marktwirtschaft unterscheidet: sie seien überzeugt von der Machbarkeit des Wirtschaftsablaufs und damit der Wirtschaft. Die „new economics“ glauben mit quantifizierenden Zielen die Wirtschaft „machen“ zu können. Sie versuchen mit diesen quantifizierenden Zielen Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dies sei als Tatsache hinzu-

nehmen. Es müsse jedoch überlegt werden wie sich diese vom Staat verkündeten quantifizierenden Ziele auf das Verhalten der gesellschaftlichen Gruppen auswirkten. Würden sie akzeptiert? Wenn ja, dann bedeutet das, daß die Tarifpartner ihre Autonomie verlieren würden, die ein integraler Bestandteil der freiheitlichen Demokratie sei. Die Einkommenspolitik der *Konzertierten Aktion* müsse scheitern. Denn die organisierten Gruppen in einer freiheitlichen Gesellschaft wollen sich nicht quantifizierenden Zielen des Staates unterwerfen. Vielmehr seien sie geneigt, diese quantifizierten Ziele als Minimalforderung für ihre eigene Gruppe zu betrachten. Darin bestehe das Dilemma der Tarifpolitik heute. *Die von der staatlichen Exekutive erarbeiteten quantifizierten Vorstellungen bedeuteten zugleich aber auch die Entmachtung des Parlamentes.* „Wenn einmal die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages befragt werden, wie oft ihnen der Bundeswirtschaftsminister zu Gesprächen und zu Diskussionen zur Verfügung steht, welche wirtschaftspolitischen Überlegungen grundsätzlicher Art in diesem Gremium angestellt werden, dann bekommt man, wenn man die Antwort hört, einige Sorgen um den Parlamentarismus in unserer Gesellschaft. Man sollte bedenken: die Stärke des Staates zum Gruppenausgleich hängt auch von der Stärke der Parlamente ab. Die langfristigen Wirkungen der ‚new economics‘, so wie sie von Schiller und seinen Adepten gewollt oder ungewollt verursacht werden, haben schwerwiegende Konsequenzen für Staat und Gesellschaft, nämlich die Entmachtung des Parlaments und die Beseitigung der Tarifhoheit.“ Dazu kommen weitere Probleme. Das Instrumentarium wirtschaftlicher Prognose sei noch zu schwach entwickelt, Fehlerquellen

von über 50% seien, wie die Erfahrung zeige, nicht zu vermeiden. Daraus ergebe sich bei der Feststellung von quantifizierenden Zielen, die auf den Grundlagen wirtschaftlicher Prognosen beruhen, die Gefahr eines Autoritätsverlustes des Staates. Der Staat bedürfe aber der Autorität, um im Wettbewerb der Gruppen als Ordnungsfaktor handeln zu können. Wenn die staatlichen Zielprognosen tatsächlich Fehlerquellen von mehr als 50% aufweisen, dann sei es keiner autonomen Gruppe zu verdenken, daß sie entweder sage, dieser Staat betrügt uns, oder aber, der Staat arbeitet mit genauso erheblichen Fehlerquellen wie wir. Prognostizieren wir einmal munter im Sinne unserer Ziele. Die Folge: der staatliche Autoritätsverlust würde noch größer.

„Die ‚new economics‘ versuchen mit ihren quantifizierenden Zielen politische Vorstellungen von Jahr zu Jahr zu verwirklichen. Immer wieder scheitern sie dabei. Dadurch wird die Politik kurzatmig. Seit 1968 gab es etwa fünfzig Eingriffe in das Wirtschaftsleben durch administrative Maßnahmen. Dies führte und führt zu einer Unruhe, die eine Wirtschaft einfach nicht ertragen kann.“

Welche politischen Ziele visieren die „new economics“ an? Die Ziele seien hinter den quantifizierenden Angaben deutlich erkennbar: soziale Symmetrie, Reformpolitik. Die Verfolgung dieser Ziele verursache eine Überforderung der volkswirtschaftlichen Ressourcen. Einmal koste das Reformprogramm der SPD immerhin 750 Milliarden DM innerhalb von zehn Jahren. Zum anderen sei ein Trend zur Nivellierung festzustellen, der besonders in der Steuerpolitik deutlich werde: höhere Belastung leistungsgebundener Einkommen, Abbau von sozialen Vergünstigungen durch Einführung von Ein-

kommensgrenzen in der sozialen Altersversicherung. Das Leistungsprinzip werde in dieser Gesellschaft damit fragwürdig. Der Mensch aber sei nicht auf Gleichheit, sondern auf Leistung und damit auf Ungleichheit orientiert.

Die Rolle der „new economics“ wird auch von einem anderen Gesprächsteilnehmer charakterisiert. Der Freiheitspielraum, den in Wirtschaft und Gesellschaft die soziale Marktwirtschaft in fünfundzwanzig Jahren schuf, werde immer mehr eingeschränkt. Würden sich die jungen Politiker und Wissenschaftler mehr Gedanken machen über die Gestaltung des wirtschaftspolitischen Ordnungssystems, dann wäre es vielleicht noch möglich, die individuelle Freiheit zu sichern. Die soziale Marktwirtschaft sei nach wie vor ein soziales System, das in der Lage sei, die Freiheit zu garantieren. Die Wirtschaftspolitik der „new economics“ die von *Karl Schiller* als „aufgeklärte Marktwirtschaft“ bezeichnet werde, habe von Monat zu Monat immer weniger mit der sozialen Marktwirtschaft zu tun. „Nur wenige erkennen, daß in der Bundesrepublik die Marktwirtschaft umgeformt wird zu einer Planwirtschaft, dies aber hinter einem intelligenten Verschleierungsprozeß verborgen bleibt.“ Verbunden damit sei die Gefahr, daß durch eine falsche Interpretation der Marktwirtschaft es zu Schuldzurechnungen komme, die unehrlich seien. Die Programmierung zum Beispiel solcher Ziele wie „Wachstum nach Maß“ durch den Bundeswirtschaftsminister seien demagogisch, besonders, wenn diese Zielsetzungen nicht eingehalten würden. Das zwinge natürlich dann dazu, einen Schuldigen bzw. eine Ursache für das Nichteinhalten der Zielsetzung zu suchen. Der Marktwirtschaft als Ordnungssystem würden dann von bestimmten

politischen Seiten Fehler angelastet, für die sie nicht verantwortlich sei. Die Schuldigen seien nämlich diejenigen Politiker, welche Ziele setzen, die nicht eingehalten werden können. Aber wer bekenne sich schon gern zu einer solchen Schuld, lieber suche man den Schuldigen in anderen Bereichen. Die Marktwirtschaft und die Unternehmer werden dann zu Sündenböcken abgestempelt. Wenn unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler eine Rezession eintrete, dann seien selbstverständlich die Politiker schuldlos. „Damals, im April 1966, betrug die Preissteigerungsrate etwa 3,4%. Die Schuld wurde von sozialdemokratischer Seite dem Staat, „Bonn“, der CDU-Regierung und letztlich Erhard zugeschoben. Heute haben wir Preissteigerungsraten von 6 bis 7%. Nun ist alles anders. Nicht die Regierung ist schuld, nicht der Bundeswirtschaftsminister, sondern die Unternehmer!“

5. Politik und Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft besteht innerhalb einer vorgegebenen politischen Ordnung; der parlamentarischen Demokratie. C. Mötteli glaubt jedoch, daß die Verbände und auch die politischen Parteien die Marktwirtschaft verfälschen können. Die Gefahr geht dabei vor allem von den gesellschaftlichen Großverbänden aus. Als aktuelle Gefahr erscheint dabei die Forderung nach der Demokratisierung der Wirtschaft. Sie kann zur Aufhebung der Funktionsfähigkeit des Marktes führen und zur Entmachtung der politischen Kräfte, die über das Gruppeninteresse das Gesamtinteresse vertreten müssen.

C. Mötteli äußert in seinem Vortrag einige Bedenken gegen die *Konzertierte Aktion*. Diese Sorgen werden von einem

Diskussionsteilnehmer geteilt. Nach seiner Ansicht sei die Wirkungsmöglichkeit der *Konzertierten Aktion* in der letzten Zeit immer geringer geworden. Zu Beginn der *Konzertierten Aktion* hätte man noch eine Einwirkung auf einzelne Gruppen feststellen können. Seit zwei Jahren, also seit der Bildung der Regierung Brandt/Scheel, sei die *Konzertierte Aktion* nichts anderes als „ein Forum, in dem man Reden zum Fenster hinaushält“. Das gelte für die Regierung, für die sozialen Gruppen und für die Sachverständigen. „Irgendein praktisches Ergebnis dieser *Konzertierten Aktion* ist auch nicht zu erwarten. Es werden kontroverse Auffassungen auf den Tisch gelegt. Diese werden diskutiert, ohne daß sich in irgendeinem Punkt die Auffassungen nähern. Dabei ergeben sich dann gewisse Mehrheitsgruppierungen, die aber schon vor Beginn jeder Verhandlung latent bestehen. Die *Konzertierte Aktion* ist so, wie sie heute geschieht, eine Tribüne für den Bundeswirtschaftsminister, auf der er agieren kann, sie ist das letzte Instrument, das er vielleicht innerparteilich und auch im engeren Kabinett einsetzen kann, um sich darauf zu berufen, daß gewisse Übereinstimmungen erzielt werden. Der Kampf um das Schlußkommuniqué dauert gewöhnlich bis zu zwei Stunden, um jeden Satz wird gefeilscht. Immer wieder wird gedrängt, etwas Positives über die Schillersche Politik zu sagen. Für die Teilnehmer ist es höchstens interessant, die Auffassungen der Gegenseite zu hören. Das Gespräch bringt natürlich Eindrücke über deren Meinung. Diese könnte man auch bei jedem anderen Gespräch genauso eroieren.“ Die *Konzertierte Aktion* sei nicht viel mehr als ein „Informationsaustausch“. „Politisch ist sie ohne jedes Gewicht und es wird auf keinen Fall das Ziel erreicht durch

eine *Konzertierte Aktion* zur Abstimmung bzw. zur Übereinstimmung der daran beteiligten Gruppen zu kommen. Die *Konzertierte Aktion* hat ihre Zielsetzung bisher überhaupt nicht erreicht. Es fehlen auch alle Voraussetzungen, dieses Ziel je zu erreichen.“ Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich natürlich Konsequenzen für einen geplanten Bundeswirtschafts- oder Sozialrat. Andere Ergebnisse als die *Konzertierte Aktion* werde er kaum zustandebringen. Vielleicht wäre ein Vorteil darin zu sehen, daß ein solches Gremium einen engeren Kontakt zum Parlament hätte.

Gegenstück zur *Konzertierten Aktion* in der Bundesrepublik ist in der Schweiz das sogenannte *Vernehmlassungsverfahren*. Beide sind nach Ansicht eines Schweizer Teilnehmers in etwa vergleichbar. Der Gegensatz zur *Konzertierten Aktion* bestehe darin, daß man im *Vernehmlassungsverfahren* schriftlich, im Fall der *Konzertierten Aktion* mündlich verhandele. In der Schweiz gehen alle Gesetzesvorlagen aus dem Berner Bundeshaus an die zuständigen Verbände der Wirtschaft, soweit wirtschaftliche Fragen berührt werden. Die zuständigen Wirtschaftsverbände machen dann eine schriftliche Eingabe zu der Gesetzesvorlage, die in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Das Ergebnis sei in der Regel ein Kompromiß zwischen diesen verschiedenen Eingaben und Stellungnahmen. Bezüglich der Einkommenspolitik gelte dieses Verfahren nicht. Es werde zwar von den Tarifpartnern je nach der konjunkturellen Lage für die Lohnpolitik vorgeschlagen, ließe sich aber nicht durchsetzen. Liberale Kreise in der Schweiz betrachteten das *Vernehmlassungsverfahren* nicht als ein *marktkonformes Mittel*. Es werde vielmehr akzeptiert als Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft und für die Bereitschaft immer wieder Kom-

promisse zu schließen. Für die Bundesregierung in Bern sei das *Vernehmlassungsverfahren* sehr praktisch: bereits vor der parlamentarischen Verhandlung seien die größten Widerstände durch die Wirtschaftsverbände beseitigt und überwunden.

Resümee des Buß- und Bettagsgespräches

von

Heinrich Basilius Streithofen

1. Die Aussprache über das Referat von C. Mötteli zeigt – trotz unterschiedlicher Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Einzelfragen – eine grundsätzliche Übereinstimmung: alle Gesprächsteilnehmer bejahen die soziale Marktwirtschaft, weil sie dem Individuum den größten persönlichen Freiheitsraum gewährt.
2. Die Auseinandersetzung um die Erhaltung und den systemgerechten Ausbau der sozialen Marktwirtschaft muß offensiv geführt werden. Rückblicke auf vergangene Leistungen oder Versäumnisse und Klagen über die Umformung der Marktwirtschaft in eine protektionistische und dirigistisch-sozialistische Staatswirtschaft helfen nicht weiter.
3. Zunehmend wird nach der Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft gefragt. Ihre Vertreter müssen aufzeigen, welche Werte sie besser als jedes andere Wirtschaftssystem garantiert: „persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, wachsenden Wohlstand und sozialen Fortschritt“.
4. Aufgetretene Mängel sind innerhalb des Systems zu beseitigen.
Die Marktwirtschaft kann auf das Instrumentarium der modernen Wirtschaftswissenschaften nicht verzichten.

Wohl aber verzichtet sie im Vertrauen auf den Wettbewerb auf ständige einzelwirtschaftliche Eingriffe. Die Wirtschaftspolitik muß sich deshalb marktkonformer Mittel bedienen.

5. Objektives Lenkungsinstrument für eine gerechte Preisbildung ist ein funktionsfähiger Wettbewerb. Die Wettbewerbsordnung ermöglicht eine Leistungsauslese und eine Leistungssteigerung.

Der Unternehmer muß aber selbst den Wettbewerb bejahen, d. h. sich auch in schwierigen Situationen dem Wettbewerb aussetzen. Die Herausnahme von Teilbereichen aus dem Wettbewerb zerstört die Marktwirtschaft.

6. Das Privateigentum ist ein konstitutives Element der sozialen Marktwirtschaft. Sie muß abgesichert werden durch die Schaffung eines breit gestreuten Eigentums, einer personbezogenen und verfügbaren Vermögensbildung. Je mehr Eigentümer es gibt, um so mehr wird das marktwirtschaftliche System von der Bevölkerung anerkannt. Das verstärkt die Chancengleichheit.

7. Die Wettbewerbswirtschaft benötigt handlungsfähige Unternehmer. Voraussetzung dafür ist eine konstante Wirtschaftspolitik. Die „stop-and-go-Politik“ ist aufzugeben. Die Regierung muß einen „ökonomischen Datenkranz“ festlegen, wodurch für die Wirtschaft ein langfristig kalkulierbarer Rahmen ermöglicht wird. Innerhalb dieses Rahmens kann der Unternehmer seine Entscheidungen treffen.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES INSTITUTS
FÜR GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
WALBERBERG**

**Arthur F. Utz
Maximen moderner Mittelstandspolitik**

Die Bedeutung des mittelständischen Unternehmers in der
heutigen Wirtschaft

**Arthur F. Utz / Gerda Hieronimi
Grundsätze der Sozialpolitik**

Solidarität und Subsidiarität in der Altersversicherung

**Arthur F. Utz
Ethik und Politik**

Aktuelle Grundfragen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und
Rechtsphilosophie
Herausgegeben von Heinrich B. Streithofen

**Arthur F. Utz / Heinrich B. Streithofen
Demokratie und Mitbestimmung**

Symposium Internationale. Referate und Diskussionen.
Mit Beiträgen von Kurt H. Biedenkopf, France Cerne, Hugh
A. Clegg, J. F. Groner, Georges Gusdorf, Alex Jacquemin,
Hubertus L. Jansen, Hans Lades, Michel Praderie, Erwin
K. Scheuch, Monika Streißler, Heinrich B. Streithofen, Arthur
F. Utz, Christian Watrin und Hans Zbinden

**P. P. Müller-Schmid
Der rationale Weg zur politischen Ethik**

SEEWALD VERLAG STUTTGART

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Paul Binder

Die Wirtschaft — materielle Grundlage unserer Existenz

Eine Elementarkunde

„Der Autor liefert eine Elementarkunde des Wirtschaftsgeschehens, die tatsächlich jeder versteht. Er führt seine Leser in die Grundlagen und Grundbegriffe ein und macht auch komplizierte Zusammenhänge leicht verständlich. Unter Verzicht auf Stellungnahme im Widerstreit der Theorien, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der praktischen Nutzenanwendung, aufbauend auf modernsten methodisch-didaktischen Erkenntnissen bietet dieses Elementarbuch sowohl eine vom Einfachen zum Schwierigen fortschreitende Einführung in das Wirtschaftsgeschehen von heute als auch ein lexikonähnliches, der raschen Information dienendes Nachschlagewerk.“

Neue Osnabrücker Zeitung

Gerhard Ziemer

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie

Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik

„Der Verfasser erläutert in anschaulicher und verständlicher Weise das Quantitätsgesetz des Geldes, dessen Mißachtung zur Währungszerrüttung der Inflation, aber auch zur Funktionsstörung und damit zur Wirtschaftskrise der Deflation führt. Am Schicksal der Weimarer Republik werden die sozialen und politischen Folgen währungspolitischen Fehlverhaltens demonstriert und Erkenntnisse vermittelt, die zur Lösung der aktuellen geldwirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen könnten.“ Tagesspiegel

Milton Friedman

Kapitalismus und Freiheit

Aus dem Amerikanischen von Paul C. Martin

„Ausgangspunkt dieses Buches ist das Freiheitsideal, von dem aus entscheidende Grundsätze für das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen entwickelt werden. Friedman gelingt dies in einer bemerkenswerten Konzentration auf wichtige Probleme, die in äußerst klaren Formulierungen beleuchtet werden. Dies sollte ihm helfen, mit seinem politisch engagierten Werk den großen Leserkreis zu finden, den diese aufrüttelnde wirtschaftspolitische Darstellung verdient.“

Die Welt

SEEWALD VERLAG STUTTGART